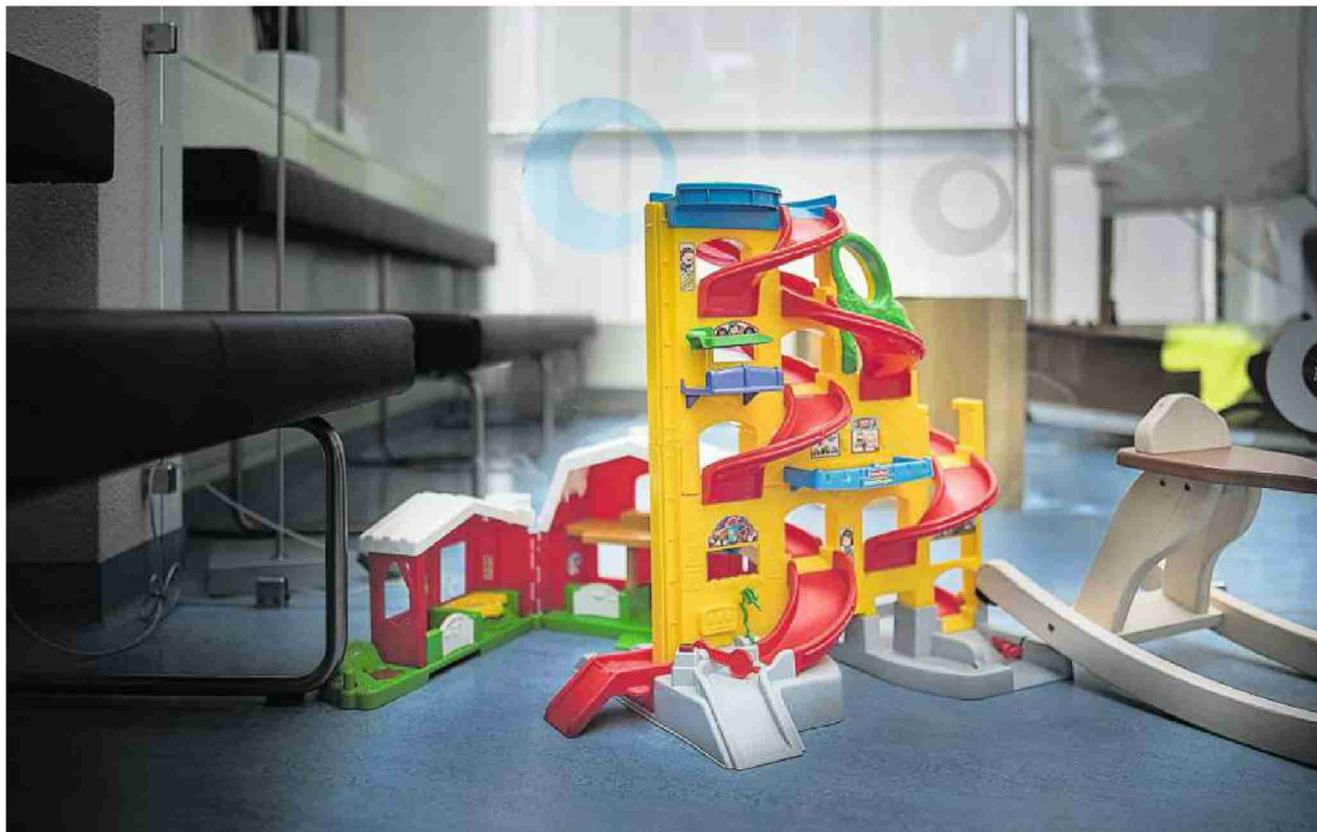




Das Kinderspital sieht rot

Seine Leistungen werden nicht kostendeckend abgegolten, doch in Bern bewegt sich nichts. Nun platzt St. Galler Kantonsräten der Kragen.



Bunte Spielzeuge, düstere Finanzaussichten: Das Ostschweizer Kinderspital.

Bild: Benjamin Manser (St. Gallen, Juli 2020)

Regula Weik

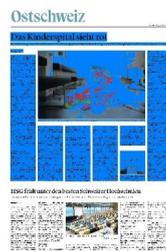
«Die Situation ist äusserst prekär», sagt der St. Galler Mittekantonsrat Thomas Warzinek. Das Ostschweizer Kinderspital stehe unter massivem finanziellen Druck. Der Sarganserländer macht sich seit Jahren für gerechte Tarife in der Kindermedizin stark. Doch es klemmt in Bern. Und das auf höchster Ebene.

«Der Ball liegt inzwischen beim Bundesrat, respektive beim Bundesamt für Gesund-

heit», sagt Warzinek. Diesen ins Rollen gebracht hatte das St. Galler Kantonsparlament. Es beschloss im Frühling 2018 eine Standesinitiative und forderte eine «nachhaltige Lösung gegen die strukturelle Unterfinanzierung in der Kinder- und Jugendmedizin».

Ähnliche Standesinitiativen reichten auch der Thurgau und beide Basel ein, die wegen des Basler Universitätskinderspitals ebenfalls betroffen sind. Und es

sah gut aus – zunächst. Die ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit nahm das Anliegen der Kantone auf und reichte eine Motion ein mit dem Ziel, dass Bundesrat und Verwaltung Massnahmen ergreifen. Stände- und Nationalrat überwiesen die Motion einstimmig. Zwei Jahre sind seither ins Land gezogen. «Verändert geschweige denn gebessert hat sich seitdem nichts», sagt Warzinek.



In Bern geht es nur schleppend vorwärts

Nun will Warzineks Fraktion den Druck in Bern erhöhen. Dazu haben Mitte und EVP aktuell einen Vorstoss im Kantonsparlament eingereicht. Sie wollen erfahren, wie die Regierung «das schleppende Verfahren in Bern» beurteilt. Und ob sie bereit ist, das Problem auch auf Ebene Gesundheitsdirektorenkonferenz anzugehen und auch von dieser Seite auf eine rasche Lösung hinzuwirken. Wie drängend das Problem ist und wie sehr die nicht kostendeckenden Tarife das Ostschweizer Kinderspital belasten, zeigte sich diesen Frühling: Das Spital verstärkte sein Fundraising und ging auf Spendensuche. Arno Noger, Präsident der Stiftung Ostschweizer Kinderspital, sagte damals: «Wir müssen heute über ein breit angelegtes Fundraising zusätzliche Mittel beschaffen. Wir sind auf Gönner und Spender angewiesen.»

Die Unterfinanzierung ist eklatant, besonders im ambulanten Bereich. Das bringt das Ostschweizer Kinderspital finanziell an den Anschlag. Nahezu 95 Prozent aller erkrankten oder verunfallten Kinder und Jugendlichen werden ambulant versorgt – doch lediglich 70 Prozent der Kosten dieser Behandlungen sind gedeckt. Ende Jahr klafft deshalb jeweils eine Finanzierungslücke von rund neun Millionen Franken.

Ist Bundesrat Berset zu Gespräch bereit?

Das Ostschweizer Kinderspital ist als Stiftung organisiert, deren

Träger – es sind dies die Kantone St. Gallen, Thurgau, beide Appenzell und das Fürstentum Liechtenstein – übernehmen heute diese Differenz. Doch was nach bequemem Abwälzen des Fehlbetrags auf die Träger tönt, ist es nicht. Die Defizite werfen Fragen auf, erfordern jedes Jahr Erklärungen, Gespräche – und neue Verhandlungen. Diesen Umstand, dass die Trägerkantone heute die Unterfinanzierung ausgleichen, greift auch die Mitte-EVP-Fraktion in ihrem Vorstoss auf: Die Regierung müsse auch mit Blick auf die Kantonsfinanzen interessiert daran sein, dass Bundesbern endlich vorwärts mache.

In Zürich, Basel und St. Gallen befinden sich die Kinderspitäler nicht unter dem Dach eines Universitäts- oder Zentrumsspitäls für Erwachsenenmedizin. Es sind eigenständige Spitäler mit einem hohen Spezialisierungsgrad. Und sie alle leiden darunter, dass Kinder und Jugendliche im Tarifsystem «Ausnahmeerscheinungen» sind und ungenügend erfasst werden. Das war bei Einführung des Tarmed so, das war bei Einführung der Fallpauschalen so. Die Blockade des neuen Tarifs Tardoc erschwere eine Lösung der schwierigen Situation der Kinderspitäler, sagt Warzinek, der selber Arzt ist, Urologe, nicht Pädiater. Wie sehr würde Tardoc eine Entlastung bringen? «Er würde die Defizite nicht zum Verschwinden bringen, aber wenigstens halbieren», sagt Warzinek und fügt an: «Insofern sind die Kinderspitäler auch die Leidtragenden im Zwist zwischen den Krankenver-

sicherern und dem Bundesrat.»



Thomas Warzinek, St. Galler Mitte-Kantonsrat und Arzt.

Bild: Benjamin Manser

Die Allianz Kinderspitäler der Schweiz (AllKids), der auch das Ostschweizer Kinderspital angehört, ist schon länger im Gespräch mit dem Bundesamt für Gesundheit. Sie unterbreitete ihm auch konkrete Vorschläge, wie das Defizitproblem gelöst oder zumindest entschärft werden könnte. Bislang ohne Ergebnis. Doch die Kinderspitäler lassen nicht locker: Sie schrieben Bundesrat Berset kürzlich einen Brief und baten um ein baldiges Gespräch. Noch steht kein Termin fest.

Gemeinnützigkeit nicht anerkannt

Dann gibt es noch etwas, das die Finanzen des Kinderspitäls – wenn auch deutlich weniger – belastet: die Mehrwertsteuer. Gemeinnützige Stiftungen sind davon befreit, wenn sie ausschliesslich von einer vom Gemeinwesen finanzierten Trägerschaft gegründet wurden. Das war bei der Gründung der Stiftung Ostschweizer Kinderspital 1966 nicht der Fall; der Verein für Säuglingsfürsorge, also ein privater Akteur, hatte sich mit Mobilien im Wert von 108 000



Franken beteiligt. Auch wenn das Kinderspital seither ausschliesslich von Ostschweizer Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein getragen wird, also gänzlich vom Gemeinwesen, kennt die Eidgenössische Steuerverwaltung kein Pardon. Gesetz ist Gesetz.

So würden dem Kinderspital jährlich «Mittel von mehreren hunderttausend Franken» entzogen, hält die Mitte-EVP-Fraktion in einem zweiten Vorstoss fest. Dieser Missstand sei stossend, da das Kinderspital wegen nicht kostendeckender Tarife ohnehin schon unter grossem fi-

nanziellen Druck stehe. Mitte und EVP wollen daher wissen, ob die Regierung sich dafür einsetzt, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Die Regierung hat beide Vorstösse noch nicht beantwortet.